

Frankfurter Allgemeine
ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Chinas Schützling

In Peking muss Wladimir Putin keine unangenehmen Fragen fürchten. Bei der Militärparade zur Feier des Jahrestages des Endes des Zweiten Weltkrieges wird der russische Präsident von Gastgeber Xi Jinping bis zum ehemaligen Bundeskanzler Schröder von lauter Wohlmeinenden umgeben sein. Russland und China pflegen verbal seit einigen Jahren eine immer enger werdende Partnerschaft. Aber erstens ist diese (auch) ein Zeichen dafür, dass beide Staaten nicht mehr so viele Freunde von Gewicht in der Welt haben. Vor allem aber, und das ist wichtig für Russland, findet besagte Partnerschaft schon lange nicht mehr auf der vielbeschorenen „Augenhöhe“ statt. Vielmehr wird Russland mehr und mehr in die Rolle des Klienten der aufstrebenden Großmacht China gerückt. Es spricht für die politische Klugheit der chinesischen Regierung, dass sie das den russischen Gast öffentlich nicht spüren lässt. Aber Russlands Elite sollte sich schon überlegen, ob den Interessen des Landes langfristig besser als schwieriger Partner an der Seite des Westens oder als Schützling Chinas gedient wäre.

pes.

Noch gibt es Kirchen

Auch die Verfassung kennt besondere Räume – die nicht unbedingt Schonräume sein müssen. So folgen die Kirchen ihrem eigenen Recht. Das ist auch richtig so. Aber natürlich gelten auch die Grundrechte. Der Streit über das kirchliche Arbeitsrecht ist nicht zu Ende, nur weil die Gewerkschaft Verdi vor dem Bundesverfassungsgericht gescheitert ist. Denn das ist sie nur, weil sie von den Regeln zum (fehlenden) Streikrecht aus Karlsruher Sicht bisher nicht betroffen ist. Dahinter steht in der Tat die interessante Frage, inwieweit Streik und Aussperrung ausgeschlossen werden können – immerhin werden ja nun die Gewerkschaften an der Festlegung der Arbeitsbedingungen in den Kirchen grundsätzlich beteiligt. Nun muss aber das, was Arbeitgeber und Gewerkschaften aushandeln, auch nicht immer dem Einzelnen dienen. Rechtsschutz muss stets möglich sein. Womöglich kommt das gesamte kirchliche Sonderrecht einmal dadurch unter Druck, dass die christlichen Kirchen immer weiter schrumpfen. Aber noch gehören sie zum Fundament des Landes – mit gutem Grund.

Mü.

Unbetreutes Geld

Es ist nicht zu erwarten, dass der Bund das Geld, das wegen der Abschaffung des Betreuungsgeldes in der bisherigen Form frei wird, an die Länder abtrifft. Wenn sie das Betreuungsgeld beibehalten wollen, ist es künftig Sache der Länder, jeweils allein dafür zu sorgen. Länder, die es sich leisten wollten, die Betreuung außerhalb der Kitas zu unterstützen, hatten schon vor und nach Einführung der (verfassungswidrigen) Bundesmittel ihren Spielraum genutzt, das zu tun – zum Beispiel Bayern und die CSU. Der Ruf nach Verzicht lebt eigentlich nur davon, dass die familienpolitischen Zuständigkeiten zwischen Bund und Ländern mangels Trennschärfe querbeet verlaufen: Der Bund baut die Kitas und andere Familienleistungen aus, und wem die Richtung in den Ländern nicht gefällt, der setzt familienpolitische Subventionen dagegen, die in eine ganz andere Richtung zeigen. Das beruht auf einem Konflikt darüber, wessen Aufgabe die Familienpolitik eigentlich ist. Da er nicht offen ausgetragen wird, haben die Länder gegenüber dem Bund keine belastbaren Ansprüche. Manuela Schwesig hat da bessere Karten.

kum.

Wer überrannt wird, kann niemanden aufnehmen

Von Viktor Orbán, ungarischer Ministerpräsident

All das, was sich jetzt vor unseren Augen abspielt, droht in ganz Europa zu einer Explosion zu führen und löst bereits auf der ganzen Welt Besorgnis aus.

Die Fakten sprechen für sich: Ungarns Grenzen wurden nur in diesem Jahr von fast 150 000 illegalen Einwanderern überschritten. Das ist bereits jetzt dreieinhalbmal so viel wie 2014, und das Jahr ist noch nicht zu Ende. In Europa ist die Zahl aller Einwanderer im Vergleich zum ersten Halbjahr des vergangenen Jahres um mehr als sieben Prozent gestiegen. Über vierzig Prozent von ihnen sind aus Mittel- und Südasien gekommen, und ein fast genauso hoher Anteil der illegalen Einwanderer ist aus dem Nahen Osten nach Ungarn gekommen.

Um zu verstehen, was wir zu tun haben, müssen wir verstehen, womit wir konfrontiert werden. Europa wird nicht von einem „Flüchtlingsproblem“, nicht von der „Flüchtlingslage“ in die Zange genommen. Vielmehr wird der europäische Kontinent von einer immer mehr anschwellenden neuzeitlichen Völkerwanderungswelle bedroht. Es findet eine ungeheure große Bewegung von Menschen statt, mit aus europäischer Sicht uneingeschränktem Nachschub.

Wir sehen Tag für Tag, dass Hunderttausende aufbrechen und hier an unsere Grenzen klopfen, und es sind noch Millionen, die aus wirtschaftlichen Beweggründen die Richtung nach Europa einschlagen können. Die Einwanderung ist inzwischen auch zu einer ergiebigen geschäftlichen Unternehmung geworden, in der sich gefährliche und hemmungslose Verbrechergruppen angesiedelt haben. Es ist erstaunlich – was die österreichische „Kronen Zeitung“ berichtet –, dass internationale Schmugglerbanden seit dem Jahr 2000 knapp 16 Milliarden Euro aus der Beförderung von illegalen Migranten eingenommen haben, während als Folge ihrer

Geschäftemacherei fast 30 000 Menschen gestorben sind. Es ist unmenschlich, was auf hoher See, auf den Straßen, an unseren Grenzen geschieht, und es ist Irrsinn, was Europa macht.

Es muss ausgesprochen werden, dass für die entstandene Situation die verfehlte Einwanderungspolitik der Europäischen Union verantwortlich ist. Jeder europäische Politiker ist verantwortungslos, der Einwanderern Hoffnungen auf ein besseres Leben macht und dazu ermuntert, al-

kodex erfüllen, der Schutz der Außengrenzen ist also eine unerlässliche Bedingung der Gewährleistung der freien Bewegung innerhalb Europas. Wenn wir unsere Grenzen nicht beschützen können, kann Schengen in Gefahr geraten. Das kann von keinem gewollt sein, der Europa beschützen will und Europaertum für wertvoll hält.

Es ist ziemlich deprimierend, dass außer uns Ungarn – oder den Spaniern – niemand die Grenzen Europas beschützen

Wenn wir unsere Grenzen nicht beschützen können, kann Schengen in Gefahr geraten. Das kann von niemandem gewollt sein. Es ist ziemlich deprimierend, dass außer uns Ungarn niemand die Grenzen Europas beschützen will.

les zurückzulassen, um unter Einsatz ihres Lebens in Richtung Europa aufzubrechen. Wenn Europa nicht auf den Weg der guten Vernunft zurückkehrt, wird es in einem Schicksalskampf unterliegen.

Wenn man die Diskussionen, die in Europa in Sachen Einwanderungspolitik laufen, auch nur oberflächlich mitverfolgt, so ist ersichtlich, dass viele Argumente auftauchen und sich verschiedene Dimensionen vermischen – und die Sicht trüben. Die gute Vernunft besagt, dass wir die aufeinanderprallenden Aspekte nur dann ordnen können, wenn wir eine klare Reihenfolge der Prioritäten aufstellen.

Der erste und wichtigste Punkt ist der Schutz der Außengrenzen. Eine der größten Errungenschaften Europas ist Schengen. Für uns Mitteleuropäer bedeutet die Möglichkeit der freien Bewegung innerhalb von Europa das Erlebnis von Freiheit, sie ist somit besonders wichtig. Schengen funktioniert jedoch nur dann, wenn die einzelnen Mitgliedstaaten ihre Aufgaben gemäß dem Schengener Grenz-

will. Europa muss verstehen, dass man nicht aufnehmen kann, wenn man überrannt wird. Und jetzt wird man überrannt. Deshalb ist der Zaun, den wir Ungarn bauen, wichtig. Wir machen das nicht aus Spaß, sondern weil er notwendig ist. Der Zaun ist nichts anderes als eine Schutzlinie, ein physisches Mittel. Als eine Schutzlinie folgt der Zaun aus dem Schengener Abkommen und ist somit ein europäisches Instrument.

Die Einwanderung ist in Europa natürlich auch eine Frage von Demokratie – wäre sie das nicht, wären wir keine Europäer. Demokratie bedeutet vor allem, zu hören, was die Menschen wollen, deshalb haben wir Ungarn eine Konsultation über die Frage der Einwanderung gestartet. Von acht Millionen Wählern haben eine Million eine Antwort zurückgeschickt, und 85 Prozent halten die Union in der Bewältigung der Einwanderung für gescheitert. Den europäischen Anhängern der Vereinigten Staaten von Europa empfehle ich die Worte von Abraham Lincoln, dem

großen Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika: „Government of the people, by the people, for the people.“

Europa kann nicht gegen den Willen der Bürger Europas sein. Nun ist die Lage jedoch die, dass die Bürger Europas etwas anderes wollen als das, wofür die Mehrheit der europäischen Regierungen steht. Die Menschen wollen, dass wir Herr der Lage sind und unsere Grenzen beschützen. Der Schutz der Grenzen ist die erste und wichtigste Frage. Über jede andere Frage lohnt es sich nur dann zu sprechen, wenn die Flut aufgehalten worden ist. Nur wenn wir unsere Grenzen beschützt haben, dann können Fragen gestellt werden nach der Anzahl der Menschen, die wir aufnehmen wollen, oder ob es Quoten geben soll.

Gleichzeitig dürfen wir nicht vergessen, dass diejenigen, die hierherkommen, in einer anderen Religion erzogen wurden und Vertreter einer grundlegend anderen Kultur sind. Sie sind meistens keine Christen, sondern Muslime. Das ist eine wichtige Frage, denn Europa und das Europaertum haben christliche Wurzeln. Oder ist es etwa nicht schon an und für sich besorgniserregend, dass die christliche Kultur Europas bereits kaum noch in der Lage ist, Europa in der eigenen christlichen Wertordnung zu halten? Wenn wir das aus den Augen verlieren, kann der europäische Gedanke auf dem eigenen Kontinent in die Minderheit geraten.

Ceterum censeo: Es gibt keinen anderen Weg und keine andere Möglichkeit, als unsere Grenzen zu beschützen. Worauf wir uns gemeinsam geeinigt haben, können wir auch nicht ohne eine gemeinsame Entscheidung aufgeben. Schengen muss bewahrt werden, damit die Freizügigkeit innerhalb von Europa gewährleistet bleibt, erst dann können weitere Fragen folgen. Denn wir dürfen nicht vergessen: Wer überrannt wird, kann niemanden aufnehmen.



Helge BRAUN Foto Marc Darchinger

Im Kanzleramt

Helge Braun ist – wie sein Titel offiziell lautet – „Staatsminister bei der Bundeskanzlerin“. Zwei wenig spektakuläre Aufgabengebiete hat der CDU-Abgeordnete bei seinem Amtsantritt 2013 zugewiesen bekommen. Er ist für die Beziehungen zu den Bundesländern zuständig, weshalb er regelmäßig bei Sitzungen des Bundesrats zu erscheinen hat, und zusätzlich noch mit „Bürokratieabbau“ befasst. Beide Arbeitsfelder sind von den in diesen Tagen der ständig steigenden Zahlen von Asylbewerbern und anderen Flüchtlingen und den damit wachsenden Belastungen von Verwaltungen von Ländern und Gemeinden betroffen. Und weil das Bundeskanzleramt als Zentralstation aller Bundesministerien alles als wichtig Erachtete an sich zieht oder auch zu koordinieren hat, ergab es sich wie von selbst, dass Helge Braun sein Koordinator in Sachen Flüchtlingspolitik wurde. Es mag beim Aufstieg geholfen haben, dass Braun ein recht waches Auge für Binnenstrukturen und Fallstricke im Kanzleramt entwickelt hat.

Nun hat Braun nicht die Funktion und auch nicht das politische Gewicht, Entscheidungen zu treffen. Dass dies den Ministerpräsidenten der Länder und der Bundeskanzlerin obliegt, hat er zu berücksichtigen. Braun hat Entscheidungen vorbereiten und Varianten („Korridor“) zu entwickeln. Er hat Informationen zu sammeln und zu bewerten. Er hat Kontakte zu den Staatskanzleien der Länder zu halten. Er hat den Konsens zu suchen und zugleich die Finanzinteressen des Bundes zu beachten. Zu diesen gehört der Umstand, dass eine Beschleunigung der Asylverfahren zu einer Belastung des Bundes und einer Entlastung der Länder führen kann. Der Grund: Leistungen an Asylbewerber gehen zu Lasten der Landeshaushalte; Leistungen an anerkannte politische Verfolgte hat der Bund („Hartz IV“) zu bezahlen. Dass nicht jede Verwaltungsregelung ein überflüssiges Monster deutscher Beamten ist, gehört zu seinen Erfahrungen als Bürokratie-Abbauer.

Nach Abitur und Wehrdienst studierte Braun, der 1972 in Gießen geboren wurde, Medizin; promoviert wurde er 2007. Der CDU trat er 1990 bei, 2002 kam er erstmals in den Bundestag, 2005 scheidete er. Seit 2009 ist er wieder dabei; er wurde Parlamentarischer Staatssekretär bei Bildungsministerin Annette Schavan. Dass Braun die CDU in Gießen führt, ist auf zweierlei Weise von Bedeutung. Auch Volker Bouffier, der hessische Ministerpräsident, stammt aus Gießen. Und dort liegt auch derzeit die deutschlandweit größte Erstaufnahme-Einrichtung für Asylbewerber, 7000 Plätze in einer Stadt von 80 000 Einwohnern. Probleme wie in manchen ostdeutschen Kommunen gebe es nicht, heißt es. Braun pflegt das mit dem intensiven Engagement der örtlich zuständigen Beamten zu erklären.

Braun gehört zu den jüngeren CDU-Politikern, die sich in der Gruppe „CDU2017“ zusammengetan haben und die Partei auf neue Entwicklungen vorbereiten wollen. Das Verhältnis zu den Grünen gehört dazu – und die Ausländerpolitik auch. Seine Arbeit als Flüchtlingskoordinator könnte das erleichtern.

GÜNTER BANNAS

Hoffen auf die Verlängerung

Die SPD zur Halbzeit der großen Koalition: Der Blick geht über 2017 hinaus / Von Majid Sattar

BERLIN, 2. September. Wenn an diesem Donnerstag in Mainz die SPD-Bundestagsfraktion zu einer Klausurtagung zusammenkommt, werden die Abgeordneten im offiziellen Teil des Programms den digitalen Wandel erörtern. Darauf haben die Sozialdemokraten sich sicher den ganzen langen Sommer gesehen: endlich mal wieder über Breitbandausbau, Datenschutz und Cybersicherheit reden. Dass man sich in der rheinland-pfälzischen Landeshauptstadt trifft, ist kein Zufall. Hier wird im Frühjahr 2016 ein neuer Landtag gewählt – wie auch in Baden-Württemberg und Sachsen-Anhalt. Für die Bundespartei ist die Wahl in Rheinland-Pfalz mit Abstand die wichtigste. In Stuttgart und Magdeburg ist man Juniorpartner – in Mainz hingegen muss Malu Dreyer die Staatskanzlei verteidigen und Schwarz-Grün verhindern.

Die Pausengespräche der Klausur dürften sich denn auch – neben der Flüchtlingskrise, welche die Abgeordneten in ihren Wahlkreisen hautnah zu spüren bekommen haben – eher um die Frage drehen, wie es kommt, dass die rheinland-pfälzische SPD in Umfragen zehn Prozentpunkte vor der Bundespartei liegt, und warum viele Wähler in Rheinhesen, der Pfalz und der Eifel SPD wählen, wenn es um Mainz geht, aber CDU, wenn es um Berlin geht. Dann ist man schnell bei den Themen, die zu Ferienbeginn die Sozialdemokraten zum Erstaunen vieler bewegt haben: Lohnt es sich überhaupt, einen eigenen Kanzlerkandidaten gegen die Amtsinhaberin aufzustellen? Oder sollte man erst dann wieder den Anspruch auf das Kanzleramt erheben, wenn Angela Merkel (und Sigmar Gabriel) von der politischen Bühne abgetreten sind?

Für den SPD-Vorsitzenden war diese – vom schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten Torsten Albig losgetretene – Debatte höchst frustrierend. Es ist nicht so, als wisse er nicht um die fehlende Machtopion seiner Partei und um die Zweifel an seiner Eignung für das Kanz-

leramt, schließlich hatte er beim letzten Mal selbst Peer Steinbrück vorgeschickt, in das aussichtslose Rennen zu gehen. Dass die Genossen die unerquickliche Lage indes öffentlich diskutierten, musste Gabriel als Quittung für seine jüngsten Alleingänge als Parteivorsitzenden interpretieren. Seinerzeit hörte man in der SPD häufiger einen Satz, der wohl nicht zufällig genau so formuliert wurde: Die Stimmung in der Partei sei nach den Konflikten über Gabriels Pegida-Vorstoß, dem Kompromiss zur Vorratsdatenspeicherung und dem Irrlichtern des Parteichefs im griechischen Schuldenstreit so schlecht wie zuletzt unter Kurt Beck. Das mag für die Stimmung zu Ferienbeginn zutreffend haben. Nicht aber für die Ausgangslage. Denn 2008 gab es andere Machtzentren in der SPD, welche mit

Für die potentiellen Nachfolger Sigmar Gabriels ist 2021 der Fixpunkt. 2017 muss er selbst antreten.

Blick auf die Bundestagswahl im Folgejahr einen Putsch organisieren konnten und wollten. Das ist heute anders.

Für die Bundestagswahl 2017 wird Gabriel nach Einschätzung der SPD-Führungsebene keinen finden, den er an seiner statt in das Rennen gegen Merkel schicken kann. Und der Parteivorsitzende macht nicht den Eindruck, als wisse er das nicht. Die Methode vom letzten Mal, einen populären, rhetorisch talentierten, älteren Sozialdemokraten zu suchen, der unter dem Parteivorsitzenden als Platzhalter antreten darf, lässt sich nicht wiederholen. Zu offensichtlich wäre diesmal Gabriels Motivation. Dann könnte man gleich plakatieren: Wir liegen schon am Boden – bitte nicht nachtreten! Und einen jüngeren Sozialdemokraten mit weitergehenden Ambitionen zu nominieren

scheitert daran, dass diejenigen, für welche die Stellenbeschreibung zutrifft, kein Interesse daran haben, unter dem Parteivorsitzenden anzutreten, um dann mit dem Makel der Niederlage um ihre weitere Verwendung in Partei, Fraktion und Landesregierung bangen zu müssen. Das trifft zu auf Olaf Scholz, Andrea Nahles und wohl auch auf Heiko Maas, von dem man noch nicht weiß, ob er weiß, dass er zu diesem Zirkel gehören will. Für den Kreis – deren Mitglieder gar nicht in allzu großer Konkurrenz zueinander stehen müssen, da der eine womöglich mehr auf das Kanzleramt schießt, die andere eher auf den Parteivorsitz – ist das Jahr 2021 der Fixpunkt. Das neue Leben in der Nach-Merkel-Zeit.

Dann beginnt in Berlin ein neues Spiel. Viele Fragen dürften bis dahin nämlich geklärt sein: Wie groß ist die Lücke, die Merkel in der CDU hinterlässt? Hat sich in der Linkspartei der Bartschismus durchgesetzt oder doch die rote Sahara? Sind die Grünen ins schwarze Lager übergegangen? Ist die FDP wieder da? Und wenn ja, welche? Je nachdem, wie die Fragen beantwortet werden, könnte sich auch einer 30-Prozent-Sozialdemokratie wieder eine Machtperspektive bieten.

Unter dem Strich: Die Situation heute ist anders als 2008 unter Kurt Beck – freilich auch, weil sich die aktuelle Kanzlerkandidatenfrage, zeitlich gesehen, noch gar nicht stellt. Das trifft ebenfalls zu auf eine andere Kandidatenfrage. 2008 war die Nominierung Gesine Schwans als Präsidentschaftskandidatin für die Bundesversammlung 2009 eine von mehreren Ursachen für Becks schwindende Autorität in seiner Partei. Grund dafür war nicht etwa, dass mit der Personalie die Frage verbunden war, ob es ungehörig sei, dass die SPD in der großen Koalition gegen den amtierenden – 2004 von Union und FDP nominierten – Bundespräsidenten Horst Köhler einen Gegenkandidaten aufstelle, sondern die sich anschließende Diskussion darüber, ob die Sozialdemokra-

Deutsche Asset & Wealth Management

Ihr Geld schmilzt.

2,016 Billionen Euro¹ liegen auf Sparbüchern, Giro-, Tages- oder Festgeldkonten auf Eis. Und verlieren täglich an Substanz. Setzen Sie daher z.B. auf unseren Dividenden-Fonds mit jährlicher Ausschüttung: DWS Top Dividende LD.

» www.dws.de/ihrgeldschmilzt

*Die DWS/DB AWM Gruppe ist nach verwaltetem Fondsvermögen der größte deutsche Anbieter von Wertpapier-Publikumsfonds. Quelle: BVI, Stand: Juni 2015. ¹Deutsche Bundesbank, 20. Juli 2015. Die Verkaufsprospekte mit Risikohinweisen und die wesentlichen Anlegerinformationen sowie weitere Informationen erhalten Sie kostenlos in deutscher Sprache bei der Deutsche Asset & Wealth Management Investment GmbH, 60612 Frankfurt am Main. Laufende Kosten p. a. DWS Top Dividende LD (Stand: 30.09.2014): 1,45% zzgl. erfolgsbezog. Vergütung aus Wertpapierleihe-Erträgen 0,03%. Das Sondervermögen weist aufgrund seiner Zusammensetzung/der vom Fondsmanagement verwendeten Techniken eine erhöhte Volatilität auf, d. h., die Anteilspreise können auch innerhalb kurzer Zeiträume stärkeren Schwankungen nach unten oder nach oben unterworfen sein.

GELD GEHÖRT ZUR NR. 1

DWS
INVESTMENTS